



Außenstellenvertrag im Bereich Technischer Gebäudeausrüstung (ELT)

Vertragsübersicht

Max-Planck-Institut(e): (xxx)

Standort(e): (xxx)

Auftragnehmer: ooooooooooooooooooooooooooooo

Vertragsinhalt

- § 1 Bestandteile des Vertrages und Ansprechpartner
- § 2 Präsenzleistungen des AN
- § 3 Durchführung der im BUV aufgeführten Maßnahmen
- § 4 Weitere Leistungen des AN nach Bedarf
- § 5 Allgemeine Leistungspflichten des AN
- § 6 Arbeitsergebnisse / Datenpflege
- § 7 Vollmacht des AN
- § 8 Vergütung
- § 9 Nebenkosten
- § 10 Abnahme
- § 11 Abrechnung
- § 12 Urheberrecht
- § 13 Haftung / Gewährleistung und Verjährung
- § 14 Haftpflichtversicherung
- § 15 Vertragslaufzeit
- § 16 Vorzeitige Auflösung des Vertrages
- § 17 Arbeitsgemeinschaft
- § 18 Anti-Korruptionsklausel
- § 19 Vertraulichkeit
- § 20 Datenschutz
- § 21 Schlussbestimmungen



Außenstellenvertrag im Bereich Technischer Gebäudeausrüstung (ELT)

zwischen der

Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e.V., vertreten durch den Vorstand, dieser vertreten durch den Präsidenten und Generalsekretär, diese wiederum vertreten durch die Abteilung Forschungsbau und Infrastruktur der Generalverwaltung

Hofgartenstraße 8
80539 München

- nachfolgend AG-

und

Name AN/ARGE
ggfs. Vertreter
Straße, Haus Nr
PLZ Ort

- nachfolgend AN -

wird nachfolgender Vertrag zur baufachlichen Betreuung vereinbart:

Präambel

Die Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e.V. (MPG) ist eine aus überwiegend öffentlichen Mitteln geförderte und gemeinnützige Forschungsorganisation. Sie unterhält mehr als 80 Institute und sonstige Forschungseinrichtungen unterschiedlicher Größe, Struktur und Aufgabenstellung, die sich vorwiegend der Grundlagenforschung in den Natur- und Geisteswissenschaften widmen.

Die in München ansässige Generalverwaltung (GV) des AG hat eine eigene Abteilung Forschungsbau und Infrastruktur (Bauabteilung), die für Bauunterhalt, Kleine und Große Baumaßnahmen an den jeweiligen Standorten zuständig ist. Die Leitlinien zum nachhaltigen Planen und Bauen der MPG legen einen verbindlichen Rahmen für ein klimafreundliches Handeln zur Umsetzung aller Neubauten, Sanierungen und Umbauten fest. Die Bauabteilung kann den AN mit zusätzlichen Aufgaben betreuen und dient zudem als zentraler Ansprechpartner.

Der AN wird als sogenannte Bauaußenstelle für Technische Gebäudeausrüstung (Bauaußenstelle Elektrotechnik) in erster Linie mit Leistungen für den jeweiligen Bauunterhalt beauftragt. Die Bauaußenstelle ist hierbei direkter Ansprechpartner der Institute und Einrichtungen der MPG (im weiteren Nutzer genannt) vor Ort. Im Einzelfall wird der AN auch mit Leistungen für einzelne Baumaßnahmen beauftragt. Maßgeblich sind in beiden Fällen die jeweiligen Baurichtlinien des AG.

Bestandteile dieses Vertrages sind mithin Abrufrahmenvereinbarungen, auf deren Grundlage der AG einzelne Leistungen nach Bedarf einseitig beim AN abrufen kann. Es gelten die vertraglich festgelegten Grundsätze. Die Leistungen betreffend den Bauunterhalt im engeren Sinne (vgl. insbesondere § 2 und 3) sind mit Vertragsschluss bereits fest beauftragt und bedürfen keines gesonderten Abrufs.



§ 1

Bestandteile des Vertrages und Ansprechpartner

- 1.1 Die folgenden Bestimmungen und Anlagen sind Teil des Vertrages. Die Anlagen werden bei Beauftragung Vertragsbestandteile. Die nachstehende Reihenfolge stellt im Falle von Widersprüchen auch die rechtliche Rangfolge der Vertragsbestandteile dar und bestimmen den geschuldeten Leistungsumfang des AN in dieser Reihenfolge:
- Bestimmungen dieses Vertrages
 - Baurichtlinien des AG für die Bauunterhaltung und Kleine Baumaßnahmen (**Anlage 1**)
 - Gesamtübersicht zu bau- und planrelevanten Maßnahmen des MPI (**Anlage 2**)
 - Liegenschaftsverzeichnis (**Anlage 3**)
 - Muster-Ingenieurvertrag (**Anlage 4**)
 - Teilprozess Vergabe (**Anlage 5**)
 - CAFM-Pflichtenheft inkl. Anlagen (**Anlage 6**; abrufbar unter <https://www.mpg.de/de/einkauf/cafm-pflichtenheft>)
 - Voraussetzung zur Erstellung und Vorlage von Rechnungen (**Anlage 7**)
 - Leitlinien zum nachhaltigen Planen und Bauen der MPG Teil A (**Anlage 8** abrufbar unter <https://www.mpg.de/nachhaltigkeit>) und Leitlinien zum nachhaltigen Planen und Bauen der MPG Teil B und C (abrufbar ab 01.01.2027 im Projekthandbuch der Abteilung Forschungsbau und Infrastruktur)
 - *Anlage 9 entfällt*
 - Prozessdarstellung für Beauftragungen von weiteren Leistungen (§4) und Rechnungslauf (**Anlage 10**)
- 1.2. Ansprechpartner des AG ist die jeweilige Regionalbetreuung in der Bauabteilung und die jeweilige technische Betriebsleitung / Baukoordinatoren der Institute und Einrichtungen vor Ort (nachfolgend Nutzer genannt). Die genauen Kontakte werden dem AN durch den AG mitgeteilt.
- 1.3 Projektleitung des AN ist: °°°°
- Kontaktdaten: °°°°
- Vertretung der Projektleitung des AN ist: °°°°
- Kontaktdaten der Vertretung der Projektleitung: °°°°
- a) Der AN sichert dem AG die Ausführung der Vertragsleistungen durch die oben genannte Projektleitung zu.
 - b) Sollte sich die zwingende Notwendigkeit eines Projektleitungswechsels ergeben, wird der AN den AG über den Wechsel und dessen Gründe unverzüglich informieren und vor Auswahl der neuen Projektleitung die Zustimmung des AG einholen. Der AG kann die Zustimmung verweigern, wenn die vorgeschlagene Projektleitung nicht über die gleiche Qualifikation verfügt wie die im Auswahlverfahren vorgestellte Projektleitung. Sofern keine die vom AN vorgeschlagenen Projektleitung die Zustimmung des AG findet, kann der AG den Vertrag gemäß § 16 kündigen.
 - c) Der AN darf sich gegenüber dem AG nur durch Mitarbeiter vertreten lassen, die eine abgeschlossene Fachausbildung als Dipl.-Ing. TH/FH bzw. Bachelor/Master an Universitäten oder Fachhochschulen oder eine vergleichbare Berufserfahrung/-ausbildung (z. B. als staatlich geprüfte TechnikerIn) zuzüglich einer angemessenen Baustellenpraxis von mindestens drei Jahren aufweisen und über die erforderliche Sachkunde und Erfahrung als Bauleiter verfügen, für die Betreuung des Bauunterhalts. Für



die Betreuung komplexer Baumaßnahmen ist eine höhere Qualifikation der jeweiligen Projektleitung erforderlich, z.B. mit einer angemessenen Baustellenpraxis von mindestens fünf Jahren.

- d) Der AG ist berechtigt, vom AN die Auswechselung eines Mitarbeiters zu verlangen, wenn dieser aufgrund seiner bisher erbrachten Leistungen nicht mehr das Vertrauen des AG hat. Der AG kann darüber hinaus eine Ergänzung des Personals durch geeignete Fachleute verlangen, wenn die eingesetzten Mitarbeiter die Ausführung der Vertragsleistungen nicht in ausreichendem Maße gewährleisten.

§ 2 Präsenzleistungen des AN

Der AN übernimmt nachstehende Leistungen im Bereich Technische Gebäudeausrüstung (HKLS-Technik / Elektrotechnik) (Anlagengruppe 440 bis 460 Starkstrom, Schwachstrom- und Förderanlagen) für die Liegenschaften der **Kategorien A und B** im Liegenschaftsverzeichnis gemäß **Anlage 3**, soweit nicht explizit anders gekennzeichnet. Liegenschaften der Kategorie C unterfallen nicht der Leistungspflicht des AN; Anlage 3 ist ausschließlich zu informatorischen Zwecken Bestandteil dieses Vertrags.

2.1 Baufachliche Beratung und Unterstützung

- a) Der AN übernimmt über die gesamte Vertragslaufzeit die **baufachlich-technische Beratung** des Nutzers und ist diesbezüglich permanent Ansprechpartner. Der AN sichert dem AG die für seine Aufgaben und Pflichten erforderliche örtliche Präsenz zu und gewährleistet, nach Anforderung durch den AG binnen 48 Stunden, im Schadensfall unverzüglich, spätestens binnen 4 Stunden vor Ort zu sein.
- b) Zusätzlich unterstützt der AN bei der Ermittlung der voraussichtlichen Kosten von sog. Kleinen Baumaßnahmen (zur Einordnung s. Baurichtlinien der MPG – **Anlage 1**) sowie den technischen Beschreibungen des hierfür vor Durchführung bei der Bauabteilung einzureichenden Antrags gemäß Formblatt (Projektanmeldeblatt).
- c) Auf Anordnung des AG übernimmt der AN zu dem bewilligten Bauunterhalt folgende Leistungen:
- örtliche Erhebungen im technischen Bereich, z.B. das Beschaffen und Aushändigen von Planungsunterlagen (z. B. Spartenpläne) bei Behörden oder anderen Beteiligten
 - Verhandlungen mit Behörden
 - Grundstücks- und Objektbesichtigungen
 - Beurteilung von Verwendungsmöglichkeiten von Objekten / Grundstücken

Hinweis: Diese Leistungspflicht ist für die als **Kategorie B** gekennzeichneten Liegenschaften nicht erforderlich.

- d) Der AN erstellt **Vorkonzepte** (Projektuntersuchung mit Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen) für Maßnahmen des Bauunterhalts.

Hinweis: Diese Leistungspflicht ist für die als **Kategorie B** gekennzeichneten Liegenschaften nicht erforderlich.

- e) Soweit der AN zur Erfüllung seiner Leistungspflichten z.B. Sonderfachleute, Sachverständige – so auch für Sicherheits- und Gesundheitsschutz (SiGeKo) – aufgrund deren speziellen Kompetenz heranziehen muss, begründet er die Notwendigkeit sowie den Leistungsumfang schriftlich gegenüber dem AG. Die Auswahl der Sonderfachleute erfolgt im Vorfeld ihrer Heranziehung unter Beachtung des für den AG geltenden Vergaberechts im Einvernehmen mit dem AG. Die entsprechenden Aufträge werden vom AN unter Verwendung der Vertragsmuster des AG vorbereitet, mit dem AG abgestimmt und vom AG erteilt.



Der AN koordiniert im Rahmen der Maßnahmen, für die er entsprechend Festlegung im BUV federführend verantwortlich ist oder für die er gemäß § 4 gesondert beauftragt ist, eigenverantwortlich die Leistungen der Sonderfachleute, sorgt für die termingerechte Erfüllung und die geschäftliche Abwicklung dieser Aufträge.

- f) Teilnahme an den monatlichen Jour-Fixes mit dem Nutzer in Abstimmung mit der Regionalbetreuung des AG Dies umfasst insbesondere die Zuarbeit der technischen Sachverhalte zum durch die Außenstelle Hochbau erstellten Protokoll innerhalb von 5 Kalendertagen. Protokolle sind von der Außenstelle Hochbau zeitnah, spätestens jedoch innerhalb von 8 Kalendertagen, zu verteilen. Insgesamt ist der AN verpflichtet, die Außenstelle Hochbau fachlich im angemessenen Umfang zu unterstützen (siehe Anlage 1 - Baurichtlinien Bauunterhaltung, Ziffer 4.5).

2.3 Feststellung der notwendigen Maßnahmen im Bauunterhalt

Der AN stellt gemeinsam mit dem Nutzer die notwendigen baulichen Maßnahmen für die gemäß **Anlage 3** zu betreuenden Liegenschaften im Rahmen von Bau- und Objektbegehungen durch Inspektion und Kontrolle fest. Hierbei ist der Ist-Zustand festzustellen, festzuhalten und beurteilen. Bei sicherheitsrelevanten Mängeln und/oder Defiziten sind entsprechende Gegenmaßnahmen einzuleiten. Dieses gilt nicht nur bei Feststellung im Rahmen des Gebäudezustandsberichts, sondern auch bei unterjährig festgestellten sicherheitsrelevanten Mängeln und/oder Defiziten.

Die nachstehenden Pflichten gelten ohne Einschränkung bzgl. der Liegenschaften nach **Kategorie A** gem. **Anlage 3**.

Bezüglich der Liegenschaften nach **Kategorie B** gelten die Pflichten allein bezüglich der angemieteten Flächen. Die einzelnen Vorgaben und Besonderheiten der Mietvertragsbestimmungen sind zu beachten.

Folgende Tätigkeiten sind dabei regelmäßig zu erbringen:

- a) **Bau- und Objektbegehung(en)**, insbesondere die Überprüfung der technischen Bauteile auf Schäden Brandschutz und sicherheitsrelevante Aspekte. Eine umfassende Jahresbegehung ist zwischen dem 01. Mai und 31. August eines jeden Jahres durchzuführen, um Maßnahmen für den Bauunterhalt des darauffolgenden Haushaltsjahres festzustellen.

Zusätzlich sind partielle Begehungen anlassbezogen durchzuführen, etwa bei Abweichungen vom normalen Betriebsablauf, Auswirkungen von Wetterereignissen und bekannten Schäden am oder im Gebäude und Außenbereich oder auf Aufforderung des AG bzw. Nutzers.

Die Begehungen sind mit den jeweiligen Nutzern vorab einvernehmlich festzulegen. Bei der Nutzung eines Objektes durch mehrere Nutzer sind alle Nutzer bei der Terminbestimmung zu beteiligen. Gegebenenfalls erfolgt die Begehung in mehreren Terminen.

Die regelmäßigen Bau- und Objektbegehungen dienen gleichzeitig auch der Erfüllung der Verkehrssicherungspflicht des AN, insbesondere zur Identifikation und Beseitigung potentieller Gefahren.

- b) **Gebäudezustandsbericht (GZB)**: auf der Grundlage der o.g. Begehung, sowie weiterer Erkenntnisse im Jahresverlauf ist jährlich im Herbst der Gebäudezustandsbericht (GZB) zu erstellen. Die GZB sind grundsätzlich differenziert nach Liegenschaft, Gebäude oder Gebäudeteil bzw. Nutzungseinheit und ggf. Anmietungen zu erstellen.

Derzeit werden die analogen GZB durch einen digitalen Prozess im CAFM-System des AG (Archibus) abgelöst. Der Rollout des digitalen Prozesses soll bis Ende 2028 abgeschlossen sein und erfolgt bis dahin in jährlichen Tranchen je ca. 24 Instituten.

Für die analoge Version des GZB sind die Muster aus dem Projekthandbuch des AG downzuloaden und zu verwenden. Fotos, Zeichnungen und weitere Erläuterungen können und sollen beigefügt werden. Diese Informationen sind als unterschriebenes oder digital signiertes Dokument jeweils im FM-System des AG am Gebäude oder an der Liegenschaft mit der GEFMA-ID 3052 und der Bemerkung „GBZ Bau“ oder „GBZ Elektro“ zu hinterlegen. Der Bericht ist durch die Außenstelle und



den Technischen Betriebsleiter (TBL) zu unterschreiben und spätestens bis zum **31.10.** eines Jahres abzuschließen.

c) **Bauunterhaltsverzeichnis (BUV)**

Unterstützung des Nutzers bei der Aufstellung und Fortführung der **BUV** in Archibus und SAP BW durch den Nutzer für das jeweilige Haushaltsjahr auf Grundlage der Gebäudezustandsberichte und der sonstigen Bedarfe des Nutzers unter Beachtung des jeweils zur Verfügung stehenden jährlichen Budgets. Der AN erhält vom Nutzer nach abschließender Genehmigung durch die Generalverwaltung die finale Fassung des BUV am Jahresanfang. Auch das Erstellen (der Genehmigungsprozess) des BUV wird nach und nach (sukzessive) digitalisiert. Zukünftig werden in Archibus aus den einzelnen im GZB bewerteten und ent-sprechend priorisierten Objekten das BUV entwickelt. Die Rolle hierfür liegt beim TBL. Die Außenstelle unterstützt und berät hierbei inhaltlich. Nach abschließender Genehmigung des BUV zum Jahresanfang erhält der AN vom Nutzer eine entsprechende Information.

Grundsätzlich sind die zu betreuenden Liegenschaften dem öffentlichen Vermögen zugeordnet. Falls eine Liegenschaft dem nicht-öffentlichen Vermögen (NÖV) zugerechnet werden kann, ist dies im Liegenschaftsverzeichnis gemäß **Anlage 3** gesondert ausgewiesen. Für den Buchungskreis NÖV ist ein zusätzliches eigenes BUV zu erstellen.

Der AN wendet sich zur Abstimmung über das BUV und die Abrechnung im NÖV an den AG. Die Funktions-Mail-Adresse für ausschließlich NÖV-finanzierte-Objekte lautet: immobilien@gv.mpg.de. Im Betreff der E-Mail ist dazu „NÖV“ und die betreffende Adresse des Objektes zwingend anzugeben.

- d) Die Außenstelle aktualisiert in Abstimmung mit dem Nutzer die Grunddaten der Gebäude und der raumspezifischen Angaben, wenn durch die im Rahmen des Bauunterhalts durchgeführten Maßnahmen eine solche Aktualisierung notwendig ist. Die Änderung erfolgt entweder direkt im FM-System oder durch Austausch von Dokumenten (Text- oder Tabellenformat). Näheres regelt § 6.2.

§ 3

Durchführung der im BUV aufgeführten Maßnahmen

- 3.1** Bei allen Maßnahmen, für die entsprechend der Festlegung im genehmigten BUV der AN federführend verantwortlich ist, hat er die nachfolgend aufgeführten Leistungen a) – s) zu erbringen.
- 3.2** Für die Bauunterhaltsmaßnahmen der technischen Gebäudeausrüstung (ELT) übernimmt der AN die nachfolgenden Aufgaben, sowie die Abstimmung mit dem Nutzer.
- a) Ermitteln/Erarbeiten und systematisches Zusammenstellen der für die Planung und Durchführung der genehmigten Bauunterhaltungsmaßnahmen noch nicht vorhandenen Grundlagen. Sichtung/Recherche von grundstücks-/gebäuderelevanten Unterlagen (z.B. Brandschutzgutachten, Prüfprotokolle, ...). Mitteilung des Ergebnisses der Untersuchung an den Nutzer und die Regionalbetreuung des AG samt Empfehlung zur Vervollständigung der Unterlagen.
 - b) Klärung der gegebenenfalls baurechtlich und/oder sonstigen relevanten Faktoren (Baugenehmigung, Brandschutz-, Arbeitsschutz-, Sicherheits-, Unfallverhütungs-, Sondervorschriften, etc.) und der Herbeiführung der gegebenenfalls erforderlichen behördlichen Genehmigungen in Abstimmung mit dem Nutzer und der Regionalbetreuung des AG.
 - c) Klärung der gegebenenfalls geänderten Situation wartungsrelevanter Anlagen. Der AN berät den AG bzw. den Nutzer, ob bereits abgeschlossene Wartungsverträge entsprechend angepasst werden können oder ob unter den geänderten Umständen ein neuer Wartungsvertrag abgeschlossen werden muss.



- d) Erstellung der Planung für die einzelne Maßnahme in der jeweils erforderlichen Detailtiefe (ggf. nur skizzenhaft) einschließlich der notwendigen Erläuterungen und Berechnungen.
- e) Zuarbeit an die Außenstelle Hochbau zur Erstellung einer Maßnahmenliste auf Grundlage des aktuellen BUV und fortlaufende Aktualisierung auf Grundlage des Baufortschritts (Beauftragungen, Baubeginn, Abnahme) und der getätigten Zahlungen (Kostenkontrolle). In dieser Maßnahmenliste sind auch die Maßnahmen zu erfassen, die der Nutzer selbständig durchführt. Insgesamt ist der AN verpflichtet, die Außenstelle Hochbau fachlich im angemessenen Umfang zu unterstützen.
- f) Zuarbeit an die Außenstelle Hochbau zum Erstellen und anlassbezogenes Fortschreiben eines jährlichen Terminplans mit allen Bauunterhaltungsmaßnahmen (BU-Terminplan) in Abstimmung mit dem Nutzer und ggf. der Regionalbetreuung des AG.
- g) Erstellung einer Übersicht der verausgabten Mittel bis spätestens 28. Februar des Folgejahres. Die Übersicht ist in Zusammenarbeit mit dem Nutzer nach dem Titel des BUV und dem jeweils federführend Verantwortlichen zu fertigen und der Bauabteilung als Abrechnungsgrundlage aller Bauunterhaltungsmaßnahmen vorzulegen
- h) Bei größeren Maßnahmen im laufenden Betrieb mit fünf oder mehr Gewerken oder nach Absprache mit der Regionalbetreuung des AG im Einzelfall: Zuarbeit an die Außenstelle Hochbau zum Erstellen von strukturierten Balkenplänen je Bauunterhaltungsmaßnahme mit einer fach-, leistungs- und gewerkeorientierten Gliederung der jeweiligen Bauunterhaltungsmaßnahme einschließlich der Integration der Beiträge fachlich Beteiligter. Die Balkenpläne sind dann in Abstimmung mit dem Nutzer aufzustellen. Bei allen Maßnahmen sind nicht abgestimmte Behinderungen des Institutsbetriebs unbedingt zu vermeiden.
- i) Bei Vergaben, die über dem jeweiligen Schwellenwert gemäß § 3a Abs. 4 VOB/A eines Direktauftrags liegen: Aufstellen von erforderlichen Leistungsbeschreibungen nach Leistungsbereichen einschließlich des Ermittels und Zusammenstellens von Massen.
- j) Mitwirkung bei der Durchführung und Festlegung der Vergabeverfahren, der Auftragserteilung einschließlich Nachträgen und der Dokumentation der Vergabeverfahren gemäß den Richtlinien des AG, gegebenenfalls unter Nutzung des e-Vergabe Systems des AG (siehe auch Ziffer 4.4 der **Anlage 1** - Baurichtlinien Bauunterhaltung), soweit nicht abweichend geregelt, sowie in der Regel gemäß des Prozesses nach **Anlage 5**. Die Auftragserteilung erfolgt stets durch den Nutzer nach Vorlage des Vergabevorschlags und des Auftragsschreibens durch den AN.
- k) Prüfen gegebenenfalls erforderlicher Werk- und Montageplanungen der ausführenden Firmen.
- l) Koordination, Organisation und Überwachung der Bauausführung auf Übereinstimmung mit den
 - öffentlich-rechtlichen Vorschriften,
 - den Verträgen mit den ausführenden Firmen,
 - den Ausführungsunterlagen,
 - den allgemein anerkannten Regeln der Technik,
 - den einschlägigen Vorschriften,
 - der Mittelbewilligung gemäß BUV.
- m) Mitwirkung bei der Koordination und bei Bedarf Koordination der gegebenenfalls an der Objektüberwachung fachlich Beteiligten.
- n) Prüfung der Aufmaße der bauausführenden Firmen.
- o) Rechnungs- und gegebenenfalls Nachtragsprüfung.
- p) Erstellung der Kostenfeststellung.
- q) Organisation und Durchführung der behördlichen Abnahmen in Abstimmung mit dem Nutzer.



- r) Feststellung der Mängel bzw. der Mängelfreiheit bei Abnahmen und Anfertigung von Abnahmenieder-schriften. Erstellung von Mängelverfolgungslisten mit dem Datum der Unterschrift des Nutzers. Über-wachung der Beseitigung der bei der Abnahme festgestellten Mängel.
- s) Organisation und Vorbereitung und Begleitung der Durchführung der Abnahmen der beauftragten bauausführenden Leistungen. Ab einem Auftragswert von 10.000,00 Euro netto pro Gewerk ist eine förmliche Abnahme durchzuführen. Die Durchführung der Abnahme ist ab 100.000,00 Euro netto Auf-tragswert pro Gewerk ist auch der Regionalbetreuung des AG vier Wochen vorher schriftlich anzuzei-gen. Zu den Abnahmeregeln siehe auch Ziffer 4.7 der **Anlage 1** – Baurichtlinien Bauunterhal-tung.
- t) Gewährleistungsverfolgung einschließlich Begehung vor Ablauf der Gewährleistungsfrist. Siehe hierzu auch Ziffer 4.7 und 4.8 der **Anlage 1** – Baurichtlinien Bauunterhaltung.
- u) Durchführung und ordnungsgemäße Ablage des erforderlichen Schriftverkehrs mit den ausführenden Firmen. Übergabe des Schriftverkehrs an den AG - nach Maßnahmen sortiert für ein Kalenderjahr-unmittelbar nach Abschluss der Maßnahme, spätestens 3 Monate nach fachtechnischer Freigabe der Schlussrechnung.
- v) Unterstützung bei der Wahrnehmung der AG-seitigen Funktionen und Tätigkeiten bei gegebenenfalls nach dem Kreislaufwirtschaftsgesetz und der Nachweisverordnung erforderlichen Entsorgung von Ab-fall im Rahmen von baumaßnahmenbezogenen Schadstoffsanierungs- und Abbruchmaßnahmen (Ab-fall- und Schadstoffmanagement). Die Leistung hat in Abstimmung mit dem Nutzer zu erfolgen.

§ 4

Weitere Leistungen des AN nach konkretem Bedarf

- 4.1 Der AG behält sich vor, dem AN durch gesonderte schriftliche Beauftragung Leistungen für die **Technische Gebäudeausrüstung gem. §§ 53 ff HOAI** zu übertragen. Dies gilt für **einzelne Baumaßnahmen** des AG und beinhalten in der Regel Grundleistungen der Leistungsphasen 2-9 der jeweils geltenden HOAI bzgl. der Technischen Gebäudeausrüstung. Grundlage hierfür sind der in **Anlage 4** beigefügte Mustervertrag des AG sowie der Teilprozess Vergabe **Anlage 5**.
- 4.2 Der AG behält sich vor, dem AN durch gesonderte Beauftragung mit Leistungen bezüglich regionaler Ausschreibungen von **Rahmenverträgen für Bauleistungen** und Wartungsverträge zu beauftragen. Gleiches gilt für die gesonderte Beauftragung mit Leistungen bezüglich der Ausschreibung von **einzelnen oder mehreren Wartungsverträgen für technische (baulichen) Anlagen** (insbesondere auf Grundlage von AMEV). Der AN hat im Falle der Beauftragung die Ausschreibungen vorzubereiten und den AG soweit erforderlich bei der Vergabe zu unterstützen (s. Teilprozess Vergabe **Anlage 5**). Hierbei ist bereits die Ausschreibung zwingend auf den Buchungstiteln bei Rahmenverträge für Bauleis-tungen im Bauunterhalt (Titel 519) und bei Rahmenverträge für Wartungsleistungen (Titel 517) zuzu-ordnen. Diese Leistung ist gemäß Stundennachweis abzurechnen.
- 4.3 Der AG behält sich vor, dem AN durch gesonderte schriftliche Beauftragung Grundleistungen und /oder besondere Leistungen der **Leistungsphase 9** des Leistungsbildes der Anlage 15 zu § 55 HOAI zu übertragen. Dies erfolgt insbesondere bei Großen Baumaßnahmen des AG, bei denen der vom AG beauftragte Fachplaner nicht bereits mit der Leistungsphase 9 beauftragt ist.
- 4.5 Der AN hat auf gesonderte Anforderung des AG **Bestandsaufnahmen** und die Erstellung von Be-standsplänen zu erbringen. Die Vergütung erfolgt auf Grundlage eines gesondertem Angebot des AN.
- 4.6 Der AG behält sich vor, den AN zu **Konzeptionen zu technischen Belangen** (z.B. Beleuchtung, Sonnenschutz) zu beauftragen. Dabei hat der AN in Abstimmung mit dem Institut bei geplanten An-mietungen oder sonstigen Erwerbsabsichten zu technischen Anlagen klären, ob die Bedarfe des In-stituts realisierbar sind. Die Vergütung erfolgt auf Grundlage eines gesonderten Angebots des AN.
- 4.7 Bei Maßnahmen, die der Nutzer ohne Beteiligung des AG durchführt, kann der Nutzer den AN nach einvernehmlicher Absprache mit dem AG (Abteilung Forschungsbau und Infrastruktur) beratend her-



anziehen. Werden in diesem Fall Teilleistungen gemäß § 3 beauftragt, werden diese nach den anrechenbaren Kosten gemäß HOAI vergütet.

- 4.8** Der AN erstellt ein integrales Vorprojekt (Projektuntersuchung mit Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen) für Baumaßnahmen. Das Integrale Vorprojekt kann jedoch nur durch den Abteilung Forschungsbau und Infrastruktur ausgelöst werden. Die Vergütung erfolgt auf Grundlage eines gesonderten Angebots des AN.
- 4.9.** Bauunterhaltsmaßnahmen, die der AN begonnen hat und nicht weiter verfolgt werden, sind gemäß Stundennachweis abzurechnen, außer die Maßnahme kommt in dem BUV des Folgejahres zur Ausführung.
- 4.10** Bei schriftlichen Stellungnahmen, die der AN bei einer etwaigen Prüfung durch die Revision oder den Bundes- oder Landesrechnungshof mit fachlicher Unterstützung leistet, ist gemäß Stundennachweis abzurechnen.
- 4.11** Der AN gleicht auf besondere Anforderung (z.B. bei der Übernahme von Plänen einer Maßnahme, die nicht durch den AN selbst begleitet wurde) die Revisionspläne miteinander ab. Die Vergütung erfolgt nach Absprache mit dem AG auf Stundenbasis oder per Pauschalangebot.
- 4.12** Sofern der AN die Datenpflege im Archibus von nicht selbst durchgeführten Maßnahmen i.S.d. §3 übernimmt, erfolgt eine Vergütung auf Stundenbasis.

4.13 Weitere Leistungen:

Sollte der AN über den mit diesem Vertrag vereinbarten Leistungsumfang hinaus weitere Leistungen für erforderlich halten, so hat er dies dem AG unverzüglich mitzuteilen und diese vor Ausführung mit dem AG zu besprechen.

Der AG kann den AN im Übrigen mit weiteren Leistungen beauftragen, soweit diese zur Ausführung der vertraglichen Leistungen erforderlich oder zweckmäßig sind und der Betrieb des AN auf derartige Leistungen eingerichtet ist. Dies betrifft unter anderem Liegenschaften der **Kategorie C** gem. **Anlage 3**. Andere Leistungen können im Einvernehmen beider Parteien vereinbart werden.

Die Parteien sind gehalten, sich vor Ausführung über die Vergütung zu einigen.

- 4.14** Die in § 4 enthaltenen Abrufrahmenvereinbarungen begünden keine Auftrags- und Abnahmeverpflichtung seitens des AG.

§ 5

Allgemeine Leistungspflichten des AN

- 5.1** Der AN hat seine Leistungen nach den Bestimmungen des Vertrages, dessen Grundlagen und insbesondere unter Beachtung der anerkannten Regeln der Baukunst und Technik, des bestehenden bautechnischen Erkenntnisstandes sowie nach den Grundsätzen von Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit zu erbringen, insbesondere im Hinblick auf Betriebs- und Nebenkosten und bekannter anderer Baumaßnahmen und der Bauunterhaltung.
- Er hat die einschlägigen gesetzlichen Vorschriften und sonstigen verbindlichen Bestimmungen zugrunde zu legen, insbesondere auch stets die aktuellen Anforderungen der Arbeitssicherheit. DIN-Normen sind dabei als Mindestvorschriften zu beachten, wenn nicht im Einzelfall weitergehende Anforderungen vereinbart werden oder von den Behörden oder Sachversicherern als Stand der Technik angesehen werden.
- Der AN hat im Zuge der Wirtschaftlichkeitsbetrachtung mögliche Abweichungen von aktuellen Normen und Vorschriften zu berücksichtigen. Bei Abweichungen von Normen und Vorschriften ist der Auftraggeber über alle potenziellen Nachteile und Risiken wie auch die Vorteile aufzuklären. Stimmt der Auftraggeber der Abweichung zu, wird eine schriftliche Vereinbarung hierüber getroffen. Der AN



hat seine Leistungen für das Bauvorhaben unter Beachtung der geltenden öffentlichen und privatrechtlichen Normen betreffend die Errichtung des Bauvorhabens, insbesondere der planungs- und bauordnungsrechtlichen Bestimmungen zu erbringen.

5.2 Der AN hat die gesetzlichen Bestimmungen und die Verwaltungsvorschriften für das Öffentliche Bauwesen in der jeweils geltenden Fassung zu beachten, insbesondere:

- die Bundeshaushaltsordnung (BHO) und ihre Verwaltungsvorschriften (VV-BHO), insbesondere die §§ 7, 24, 34, 54, 55, 56, 58, 59 BHO
- das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB)
- die Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen (VOB)
- die Unterschwellen-/Vergabeverordnung (VgV/UVgO)
- das Vergabehandbuch für die Durchführung von Bauaufgaben des Bundes (VHB)
- die Richtlinien für die Durchführung von Bauaufgaben des Bundes (RBBau)

Sollten die vorstehenden Regelwerke voneinander abweichen, gilt die angegebene Reihenfolge. Sollten Regelwerke in Überarbeitung sein oder irgendwelche Unklarheiten über die fachlich allgemein anerkannten Regeln der Technik vorliegen, die Einfluss auf die Planung und die Planungsergebnisse haben könnten, ist der AN verpflichtet, den AG hierüber unverzüglich schriftlich zu informieren.

5.3 Der AG weist den AN ausdrücklich darauf hin, dass er mit Blick auf das Bauvertragsrecht des BGB, die Privilegierung des § 310 Abs. 1 BGB in Anspruch nehmen möchte, um die Anwendung der VOB Teil B im Ganzen in den Bauverträgen mit den ausführenden Unternehmen sicherzustellen. Voraussetzung hierfür ist, dass die VOB (Teile B und C) inhaltlich ohne Änderung einbezogen wird. Dies zu gewährleisten, ist eine wesentliche Pflicht des AN.

5.4 Der AN hat die besonderen Bestimmungen und Vorgaben des AG zur Durchführung von Bauvorhaben, insbesondere die jeweils gültigen Baurichtlinien gemäß **Anlage 1** zu beachten. Der AG stellt dem AN auf dem Planmanagementserver BIS (Bauinformationssystem) bzw. auf der Plattform Projektmanagementhandbuch PMH die jeweils gültigen Anlagen dieses Vertrags, zu verwendende Vorlagen und Muster und Arbeitshinweise und sonstige Unterlagen zur Verfügung, die der AN bei der Durchführung seiner Leistungen zu beachten hat. Die Leitlinien der nachhaltigen Planung und Bauen sind in aktueller Fassung anzuwenden. Unmittelbar nach Auftragserteilung muss der AN der Regionalbetreuung eine personalisierte E-Mail-Adresse der Projektleitung des AN benennen. Dieser beantragt intern eine Zugangsberechtigung zu Server und Plattform. Die benannte Projektleitung wird systemseitig informiert. Für fachliche Rückfragen zur BIS-Anwendung, so wenden Sie sich bitte an den IT-Helpdesk der MPG unter der Telefonnummer 089 909311 -222 bzw. mit einer Email an support@maxit.mpg.de. Das BIS ist an den Browser 'Mozilla Firefox' gebunden. Eine Vorinstallation ist zwingend erforderlich. Über den Aufruf <https://bis.vw.mpg.de> mit 'Mozilla Firefox' erfolgt die Anmeldung in der Produktivumgebung.

5.5 Der AN hat dafür zu sorgen, dass Mängel- und Gewährleistungsrechte sowie etwaige sonstige Schadensersatzansprüche (z. B. wegen Verzug) des AG gewahrt werden, indem er den AG auf bevorstehende Fristabläufe rechtzeitig schriftlich hinweist. Er hat den AG unverzüglich schriftlich zu unterrichten, wenn sich Umstände ergeben, aus denen sich Ansprüche des AG gegen sich oder sonstige am Bau Beteiligte ergeben könnten. Der AG ist verpflichtet, dem AN die einschlägigen Unterlagen auf Nachfrage unverzüglich zugänglich zu machen.

5.6 Der AN ist verpflichtet, den AG bei einer etwaigen Prüfung durch die Revision oder den Bundes- oder Landesrechnungshof fachliche Unterstützung zu leisten und die hierzu erforderlichen Unterlagen dem AG auf Verlangen unverzüglich herauszugeben.

5.7 Der AN verpflichtet sich zur absoluten Verschwiegenheit im Verhältnis zu Dritten (auch zu sämtlichen Medien) hinsichtlich sämtlicher ihm zugänglicher Kenntnisse und Informationen über das Bauvorhaben (einschließlich der Inhalte der vom AG eingegangenen Vertragsbeziehungen). Dies gilt insbesondere hinsichtlich der Vorbereitung und Durchführung von Vergabeverfahren. Ein Verstoß gegen diese Verschwiegenheitspflicht ist ein wichtiger Kündigungsgrund für den AG.



- 5.8** Dem AN ist es nicht gestattet, im Zusammenhang mit seiner Tätigkeit aus diesem Vertrag erhaltene und/oder selbst erstellte Unterlagen, Daten, Datenträger, Dateien und/oder sonstige Informationen jeder Art an Dritte weiterzureichen oder diesen zur Kenntnis zu bringen, es sei denn, dies ist für die Ausführung der Tätigkeit aus diesem oder einem anderen Vertrag mit dem AG notwendig und ausdrücklich beauftragt oder angeordnet. Die Verschwiegenheitspflicht besteht auch nach Beendigung des vorliegenden Vertrags. Der AN verpflichtet sich, alle Mitarbeiter und sonstige Beauftragten, die für ihn mit Wissen und Willen des AG tätig werden, über diese Verpflichtungen zu informieren, diese entsprechend der unten aufgeführten Erklärung zu verpflichten und deren Einhaltung zu kontrollieren, soweit dies möglich ist.

Der AN sichert zu, die erfassten Daten und/oder selbst erstellten Unterlagen, Daten, Datenträger, Dateien und/oder sonstige Informationen jeder Art nur im Rahmen dieses Vertrags zu verwenden und nicht an Dritte weiterzureichen oder diesen zur Kenntnis zu bringen. Dies gilt auch für die Zeit nach Vertragsende.

- 5.9** Der AG behält sich vor, bestimmte vom AN ausgewählte Mitarbeiter oder sonstige Beauftragte bei persönlicher Ungeeignetheit oder Verstößen gegen die Vorgaben aus diesem Vertrag bereits vorher abzulehnen oder von der Durchführung des Vertrags auszuschließen. In diesem Fall muss der AN zeitnah eine andere und geeignete Person abstellen.

§ 6 Arbeitsergebnisse / Datenpflege

6.1 Erstellung von Unterlagen

- a) Der AN stellt alle Maßnahmen, für die er entsprechend Festlegung im BUV federführend verantwortlich ist oder die er gemäß § 4 gesondert beauftragt ist, Pläne und Unterlagen auch digital her und stellt diese dem AG als MS-Word-Datei für textliche Darstellungen, MS-Excel-Datei für Berechnungen, AVA-Datei (Ausschreibung, Vergabe, Abrechnung) und GAEB-Schnittstelle im DWG-Format und im PDF-Format für zeichnerische Darstellungen zur Verfügung.
- b) Die Parteien vereinbaren, dass das jeweils aktuelle CAFM-Pflichtenheft (**Anlage 6**) für die Vertragsdurchführung verbindlich ist. Der AN verpflichtet sich hiermit, sich vor Durchführung von vertragsgegenständlichen Arbeiten über den aktuellen Stand des Pflichtenheftes auf dem Planmanagementserver des AG zu informieren. Entsprechend gilt als Vorgabe für CAD, dass alle vom AN gelieferten Pläne die dort bezeichnete CAFM-Pflichten aufweisen. Der AN wird seine Pläne bzw. die Bestandsunterlagen unabhängig von der Verantwortlichkeit der Baumaßnahme stets CAFM-konform erstellen bzw. aktualisieren und dem AG eigenständig zur Vergütung stellen. Dies gilt insbesondere auch bei vom AG angemieteten Liegenschaften, in denen etwa der Vermieter Maßnahmen durchführt.
- c) Der AN bearbeitet im Rahmen der Vergabe, soweit diese auf der eVergabe-Plattform durchgeführt wird, durchgängig mit einer AVA-Software, welche über eine aktuelle GAEB-Schnittstelle (Gemeinsamer Ausschuss Elektronik im Bauwesen) verfügt, so dass im Bereich der Angebotseinholung und Angebotsauswertung und im Bereich der kompletten Rechnungsprüfung ein elektronischer Datenaustausch mit dem AG jederzeit erfolgen kann.
- d) Der AN lädt alle Pläne und Unterlagen als Arbeitsergebnis auf den Planmanagementserver des AG hoch. Für fachliche Rückfragen zum Planmanagementserver, so wenden Sie sich bitte an den IT-Helpdesk der MPG unter der Telefonnummer 089/909311-222 bzw. mit einer Email an support@maxit.mpg.de.
- e) Der AG kann jederzeit verlangen, dass der AN ihm alle Unterlagen und Pläne aushändigt, die er für das Bauvorhaben angefertigt und die der AG noch nicht erhalten hat, insbesondere die gegebenenfalls bereits genehmigten Bauvorlagen, Pläne, Zeichnungen und sonstigen Unterlagen. Ein Zurückbehaltungsrecht des AN an den für den AG nach diesem Vertrag anzufertigenden und zu übergebenden Plänen und Unterlagen ist ausgeschlossen. Der AN ist verpflichtet, diese Unterlagen mindestens fünf Jahre nach Abschluss des Bauvorhabens (Abnahme aller Bauleistungen) aufzubewahren, sofern nicht andere gesetzliche Aufbewahrungsfristen einzuhalten sind. Vor der geplanten Vernichtung hat der AN die Zustimmung des AG einzuholen und die Unterlagen dem AG anzubieten.



- f) Um die Pläne aktuell zu halten, hat der AN dem AG zur Übergabe der baulich fertig gestellten Räume / Baumaßnahmen die aktualisierten Revisionspläne über den Planmanagementserver der MPG (Co-dierung LP 9) für die Integration in das Datenkonzept bereit zu stellen.
- g) Alle Maßnahmen des BUVs, die zu Planänderungen führen oder die zur Datenpflege im FM-System des AG (Archibus) führen, sind in der Gesamtübersicht zu bau- und planrelevanten Maßnahmen des MPI (Anlage 2) zu erfassen. In diese Übersicht sind auch die vom Nutzer selbständig abgewickelten Maßnahmen zu integrieren. Um die Aktualität der Übersicht zu gewährleisten, ist diese mindestens zweimal jährlich zu aktualisieren und in diesem Zuge die entsprechenden Maßnahmen beim Nutzer zu erfassen. Die Daten zu technischen Maßnahmen sind an die Außenstelle Hochbau zu übermitteln.
- h) Auf besondere Anforderung, z.B. bei Übernahme von Plänen einer Maßnahme, die nicht durch den AN selbst begleitet wurde, gleicht der AN die Revisionspläne ab. Dies wird gesondert nach Pauschalangebot oder Stundenaufwand vergütet.
- i) Mit der Jahresrechnung bestätigt der AN die durchgeführte Aktualisierung der Planunterlagen dem AG.

6.2 Datenpflege

Für den AG ist die Pflege der gebäude- und anlagenspezifischen Daten von herausragender Bedeutung. Diese erfolgt vollständig mittels des Facility Management Systems Archibus. In diesem System werden die übergeordneten Daten einer Liegenschaft und der Gebäude als auch raumbezogenen Daten gepflegt. Die Nutzung dieses Systems ist eine wesentliche Vertragspflicht für den AN.

Die Pflege (der Stammdaten) des Systems erfolgt direkt im System.

Für die direkte Systempflege erhält der AN eine Zugangsberechtigung zum System Archibus, die es ihm ermöglicht, Zustandsbewertungen einzutragen oder ggf. auch alphanumerische Daten (z.B. zu technischen Anlagen) nach vorheriger Klärung mit dem Nutzer anzupassen und zu ergänzen. Die Zugangsberechtigung umfasst den Zugang zum System nur insoweit, wie es für den AN notwendig ist. Der AN erhält im Einzelfall entsprechende Schreibrechte, vorzunehmende Änderungen sind allerdings stets zuvor mit dem Institut abzustimmen. Der AN informiert den Nutzer vor der Pflege entsprechend und stimmt die vorzunehmenden Anpassungen und Ergänzungen mit diesem ab. Änderungen mit Auswirkungen auf die im Archibus hinterlegten Daten sind in der Gesamtübersicht zu bau- und planrelevanten Maßnahmen des MPI (Anlage 2) zum Zweck der jährlichen Übersicht zu dokumentieren. Hierbei ist sicherzustellen, dass sämtliche planungs-, bau- und technikkrelevanten Bauunterhaltsmaßnahmen, unabhängig davon, ob sie durch die Bauaußenstellen, den Auftragnehmer oder unmittelbar durch das jeweilige Institut bzw. die jeweilige Einrichtung der MPG durchgeführt werden, vollständig in diese Übersicht aufgenommen werden.

Die hierfür erforderlichen Informationen sind mindestens einmal jährlich durch die Bauaußenstellen bei dem jeweiligen Institut bzw. der jeweiligen Einrichtung der MPG abzufragen und in der Übersicht zu dokumentieren.

Das Institut legt fest, durch wen die jeweilige Maßnahme in die Übersicht einzupflegen ist.

Die nachstehenden Leistungspflichten gem. § 6.2 gelten nicht für Liegenschaften der **Kategorie B**, soweit nicht im Einzelfall anders vereinbart.

Im Zuge der Datenpflege ist folgendes zu beachten und umzusetzen:

- a) Der AN muss für die Aktualität und Vollständigkeit aller baulichen und infrastrukturellen Daten der Liegenschaft durch fachkundiges und am System geschultes Personal Sorge tragen. Für alle von ihm im Sinne von § 3 durchgeführten Maßnahmen (s. hierzu **Anlage 2**) werden alle geometrischen Änderungen demnach über DWG-Grundrisse auf den Planmanagementserver des AG hochgeladen. Zudem sind alle Revisionsdokumente in Archibus abzulegen, die für die Datenpflege Relevanz haben und für den späteren Gebäudebetrieb essentiell sind (z. B. technische Datenblätter).



- b) Der AN erstellt mit Jahresabschluss und Einreichen der Jahresrechnung, spätestens jedoch am Jahresanfang die Gesamtübersicht zu bau- und planrelevanten Maßnahmen gemäß Anlage 2, die alle am jeweiligen Standort im Kalenderjahr durchgeführten Maßnahmen aufführt, die Auswirkungen auf gebäude- und anlagenspezifischen Daten haben und/oder graphische und/oder alphanumerische Änderungen mit sich bringen. Mit Abschluss der jeweiligen Positionen im BUV sind die gebäudespezifischen Daten unterjährig in Archibus einzupflegen.
- c) Ergeben sich Änderungen der Flächenqualitäten eigener und angemieteter Institutsflächen (lt. Liegenschaftsverzeichnis Anlage 3), sind durch den AN indirekt (s. Abs. 2) im System Archibus in Abstimmung mit dem AG - anzupassen. Der Informationsaustausch zu vorzunehmenden Anpassungen und Änderungen der Bestandsdaten erfolgt durch den Austausch der Informationen durch Listen und Textdokumente, die den Nutzer bzw. die Bauaußenstelle Hochbau in die Lage versetzen, die entsprechende Pflege durchzuführen.

6.3 Übernimmt der AN die Datenpflege von nicht selbst durchgeführten Maßnahmen erfolgt die Vergütung gem. § 3 auf Stundenbasis.

§ 7 Vollmacht des AN

- 7.1** Der AN ist berechtigt, Anordnungen zu treffen, die zur vertragsgemäßen Ausführung der beauftragten Bau- und Lieferleistungen und zur Sicherstellung eines einwandfreien Projektablaufes zwingend notwendig sind. Dies gilt auch für Erklärungen, die für die Wahrnehmung des Auftrags zur Koordinierung und Betreuung der Bauleistungen sachlich notwendig sind. Der AN ist nicht befugt, Anordnungen oder Erklärungen zu treffen, die den vertraglichen Vereinbarungen zwischen dem AG und den am Bau Beteiligten widersprechen.
- 7.2** Kleinere Aufträge/Nachträge darf der AN nach Abstimmung mit dem AG unter den Voraussetzungen des Abs. 1 bis zur Höhe von 5 % pro beauftragter Gesamtkosten des jeweiligen Gewerks jedoch max. bis 7.500,00 € netto beauftragen, sofern die Schriftform gewahrt wird und die Aufträge dem AG binnen 6 Kalendertagen zur Bestätigung vorgelegt werden. Für Regieleistungen gilt eine maximale Obergrenze von 3.000 € netto.
- 7.3** Zur rechtsgeschäftlichen Vertretung ist der AN im Übrigen nicht befugt.

§ 8 Vergütung

- 8.1** Die Leistungen des AN werden nach Maßgabe der folgenden Ziffern vergütet.
- 8.2** Für die Leistungen nach §§ 4.1, und 4.3 einigen sich die Parteien auf eine Vergütung nach der jeweils zur Beauftragung gültigen HOAI. Für Grundleistungen gelten die Basissätze. Besondere Leistungen werden auf Grundlage eines Angebotes des AN vergütet, es sei denn, dass der AG vorher eine verbindliche Angabe getätigt hat oder die Besonderen Leistungen mit den Grundleistungen gemäß Vertrag bereits abgegolten sind. Die Abrechnung erfolgt gemäß Stundennachweis.
- 8.3** Die Parteien begründen durch diesen Vertrag eine auf längere Zeit angelegte ständige Geschäftsverbindung. Vor dem Hintergrund dieser besonderen wirtschaftlichen Beziehung vereinbaren sie die Vergütung wie folgt:

8.4 Präsenzhonorar:

Für erbrachte Leistungen nach § 2 erhält der AN ein jährliches Pauschalhonorar. Dieses setzt sich zusammen aus der gemäß RBBau heranzuziehenden Bemessungsregel für den Unterhalt von



Grundstücken und baulichen Anlagen „5,5 vom Hundert des Neubauwertes von 1936“¹ (NBW) sowie einem Honorarfaktor, der für die Kategorien A und B wie folgt festgesetzt wird:

Bemessungsgrundlage ist der Friedensneubauwert (FNW/NBW36) der vom Vertrag erfassten Liegenschaften gem. Anlage 3.

Der Friedensneubauwert gilt für die Dauer der Vertragslaufzeit als feste Bemessungsgrundlage. Eine Fortschreibung oder Anpassung während der Vertragslaufzeit erfolgt nicht.

Der **allgemeine** Honorarfaktor für Präsenzleistungen für ELT beträgt 6,0 % bei Gebäude der **Kategorie A**.

☐ Der **allgemeine** Honorarfaktor für Präsenzleistungen im ELT beträgt 3,5 % bei Gebäude der **Kategorie B**.

Zusätzlich zum allgemeinen Honorarfaktor werden insbesondere die folgenden objektspezifischen Bewertungsfaktoren berücksichtigt:

- Alter
- Flächenbezogene Gewichtung
- Technisierungsgrad
- Sonstige objektspezifische Faktoren (vgl. Anlage 3)

Das Präsenzhonorar wird gebäude- bzw. gebäudeteilbezogen unter Berücksichtigung des jeweiligen Flächenanteils berechnet. Die Berechnung erfolgt anhand folgender Formel:

Kategorie A:

$[FNW_{neu} * 5,5\% * \text{Anteil d. Bauteils m}^2] * [6\% + \text{Faktoren "Alter \% + TI \% + Sonstiges \%"}]$

Kategorie B:

$[FNW_{neu} * 5,5\% * \text{Anteil d. Bauteils m}^2] * [3,5\% + \text{Faktoren "Alter \% + TI \% + Sonstiges \%"}]$

Die konkreten Berechnungsparameter und Bewertungsfaktoren ergeben sich aus Anlage 3 zu diesem Vertrag. Maßgeblich für die Ermittlung der Flächenanteile sowie der objektspezifischen Bewertungsfaktoren sind die im Archibus hinterlegten Gebäudedaten.

Für Gebäude, bei denen der AG **keinen** NBW36 ermitteln kann, wird eine pauschale Vergütung festgesetzt, die sich an der Fläche der Gebäude orientiert und wie folgt ermittelt wird:

Für Gebäude der **Kategorie A** gilt:

Die Pauschale errechnet sich aus: Fläche in qm x 0,6 [in Euro]

Für sämtliche Gebäude der **Kategorie B** gilt:

Die Pauschale errechnet sich aus: Fläche in qm x 0,30 [in Euro]

8.5 Bauunterhalt:

Für die Leistungen nach den § 3 erhält der AN ein Honorar in Höhe von **21,0 %** der von der zuständigen Institutsverwaltung im jeweiligen Haushaltsjahr verbuchten diesbezüglichen Netto-Bauausgaben (d.h. ohne Mehrwertsteuer) für die durchgeführten Bauunterhaltungsarbeiten für die Institutsgebäude der **Kategorie A**.

¹ Siehe RBBau Abschnitt C. NBW 36 = Herstellkosten aller nach Ziffer 1.2 zu betreuenden Bauwerke und Gebäude, Index im Jahr der Fertigstellung umgerechnet auf 1936. Der Ermittlung des Neuwertes 1936 ist der aufgerundete Baupreisindex 38 auf der Grundlage 1958 = 100 zugrunde zu legen.



In Abweichung hiervon wird das Honorar für Liegenschaften der **Kategorie B** mit **14,5 %** der Netto-Bausgaben vergütet.

Bei der Ermittlung der Höhe der Vergütung wurden die Grundlagen der Honorarberechnung nach HOAI angemessen berücksichtigt. Daher finden §§ 4 Abs. 3; 54 Abs. 2 und 5, sowie § 56 Abs. 5 keine Anwendung. § 54 Abs. 4 und 5 HOAI wird ausdrücklich für anwendbar erklärt.

Bezüglich nicht durchgeführter Bauunterhaltsarbeiten, bei denen der AN nachweislich Leistungen nach § 3 erbracht hat, hat der AN Anspruch auf ein angemessenes Honorar nach den Grundsätzen der HOAI. Die Parteien vereinbaren hierzu, dass der Basissatz Anwendung findet. Der AN hat für die erbrachten Leistungen entsprechende Nachweise vorzulegen. Soweit Teilleistungen nach den Grundsätzen der HOAI durchgeführt worden sind, einigen sich die Parteien auf die jeweils unteren Werte der Teilleistungstabelle der „Siemon – Tabelle“ (von Architekt Dipl.-Ing. Klaus Dieter Siemon) in der jeweils aktuellen Fassung.

8.6 Tätigkeiten auf Nachweis:

Sollten dem AN im Einzelfall Leistungen im Rahmen von § 4 in Auftrag gegeben werden, so hat der AN nach den jeweiligen Vorgaben des § 4 ein Pauschalangebot zu erstellen, es gilt ein Honorar auf Grundlage der bei Beauftragung (=Abruf) gültigen HOAI oder, falls diese Regelungen des § 4.4 etwa mangels Leistungen nach der HOAI nicht anwendbar sind, einigen sich die Parteien auf eine Vergütung nach Zeitaufwand. Es gelten folgende Stundensätze:

Auftragnehmer:	121,00 € (netto)
sachbearbeitender Mitarbeiter:	86,00 € (netto)
kaufmännische und technische Mitarbeiter:	64,00 € (netto)

Die Stundennachweise über die erbrachten Leistungen sind in prüffähiger Form mindestens monatlich an den AG zu senden.

Eine gesamte Stundenaufstellung ist innerhalb des Abrechnungsjahres an den AG zu senden

Übersteigt der Stundenaufwand insgesamt 20 Stunden, so ist der AG schriftlich hierüber zu informieren. In der Information ist auch mitzuteilen, wie viele Stunden voraussichtlich noch anfallen werden.

Der AN stellt die genannte Vergütung zuzüglich jeweils geltender gesetzlicher Umsatzsteuer in Rechnung und beachtet die erforderlichen formalen Voraussetzungen nach Umsatzsteuergesetz für seine Rechnungserstellung.

8.7 (Abruf-)Rahmenvereinbarungsvolumen und Monitoring:

8.7.1 Das Volumen der Honorare des Außenstellenvertrags (Rahmenvereinbarung) nach § 2 und § 3, sowie das Abrufvolumen der in § 4 vorbehaltenen abrufbaren Leistungen wird unverbindlich wie folgt für die gesamte Vertragslaufzeit (inkl. Verlängerungsoptionen) mit einer Höchstmenge **xxx** Euro (netto) geschätzt.

8.7.2 Der AN ist zur fortlaufenden Überwachung des Abrufvolumens (= **Monitoring**) sowie quartalsweise und auf Verlangen des AG zur schriftlichen Mitteilung (= **Reporting**) des bisher abgerufenen Abrufvolumens (= beauftragte Summe / Abrufe) an den AG verpflichtet. Im Übrigen hat der AN den AG jederzeit unaufgefordert und unverzüglich schriftlich darauf hinzuweisen, wenn 50%, 80 %, 90 % und 100 % der Höchstmenge gem. § 8.7.1 erreicht wurden.

Einzelabrufe, mit denen die Höchstmenge überschritten wird, dürfen vom AN nicht unter dieser Rahmenvereinbarung ausgeführt werden. Der AN hat den AG unverzüglich schriftlich und vor ihrer Ausführung über darüberhinausgehende Einzelabrufe zu informieren.

Kommt der AN seinen Informationspflichten zu Monitoring und Reporting nicht ordnungsgemäß nach, so hat der AG das Recht zum Rücktritt von über die Höchstmenge hinausgehenden Einzelabrufen. Der AN hat in diesem Fall sämtliche Kosten der Rückabwicklung zu tragen.



§ 9 Nebenkosten

- 9.1** Nebenkosten sind im Honorar nach § 8 bereits enthalten. Hierin sind auch die Kosten für Vervielfältigen der Unterlagen und Leistungsverzeichnisse, Porto- und Fernmeldegebühren, Fahrten des AN und seiner Mitarbeiter zur Baustelle, sowie Fahrten zu Besprechungen im Rahmen der Planung und Bauabwicklung enthalten.
- 9.2** Für Reisen, die über Abs. 1 hinausgehen und auf besondere Aufforderung des AG erfolgen, gilt folgendes:
- 9.2.1** Fahrtkosten (auch Tage und Übernachtungsgelder) werden nur für Reisen, die über den Umkreis von 15 km vom Geschäftssitz des ANs hinausgehen vergütet. Diese dürfen nicht höher vergütet werden, als es das Bundesreisekostengesetz (BRKG) in der aktuellen Fassung und die dazu herausgegebenen Ergänzungen in sinngemäßer Anwendung vorsehen. Es gilt folgende Maßgabe:
- 9.2.2** Die Parteien vereinbaren vor diesem Hintergrund, dass Kosten für Reisen außerhalb der üblichen Planung und Bauabwicklung und auf besondere Aufforderung des AG nach folgender Maßgabe vergütet werden:
- Für Wegstrecken, die der AN im eigenen PKW zurücklegt, steht ihm eine Vergütung von 0,30 € (netto, zzgl. USt.) je km zu. Für Bahn-, Bus- und Taxifahrten die verauslagten tatsächlichen notwendigen Fahrtkosten (gegen Einzelnachweis).
 - Flugreisen (niedrigste Beförderungsklasse) und Übernachtungen sind nur nach vorheriger Zustimmung des AG gegen Einzelnachweis abrechenbar.
- 9.2.3** Die Erstattung der Reisekosten ist unter Beifügung der Originalbelege innerhalb einer Ausschlussfrist von 6 Monaten schriftlich geltend zu machen. Reiseunterlagen werden vom AN beschafft.

§ 10 Abnahme

- 10.1.** Der AG nimmt die Leistungen des AN nach § 2.2 und § 3 jährlich nach Fertigstellungsanzeige nach vollständiger Erbringung des AN ab. Voraussetzung ist hierfür, dass die Leistungen vertragsgemäß erbracht worden sind und keine wesentlichen Mängel erkennen lassen. Im Falle der Beauftragung von Leistungen nach § 4 gelten die dann jeweils getroffenen Vereinbarungen. Der AN hat bei seiner Fertigstellungsanzeige und Abnahmeverlangen die jeweiligen Leistungen genau zu benennen, die fertig gestellt sind und die abgenommen werden sollen. Die Leistungen sind ebenfalls in der Gesamtübersicht zu bau- und planrelevanten Maßnahmen des MPI (Anlage 2) zu dokumentieren.
- 10.2** Die Abnahmefiktion nach § 640 Abs. 2 BGB tritt erst dann ein, wenn der AN dem AG nach erfolgloser Fertigstellungsanzeige gem. § 10.1 eine angemessene Frist zur Abnahme gesetzt hat.

§ 11 Abrechnung

- 11.1** Zahlungen des AG sind innerhalb von 30 Tagen nach Zugang einer prüffähigen Abrechnung zur Zahlung fällig. Auf Abrechnungen vermerkte Zahlungsziele des AN werden nicht Bestandteil dieser Vereinbarung.



Der AN hat bei seinen Rechnungen zwingend die Rechnungsvorgaben des AG „Voraussetzung zur Erstellung und Vorlage von ERechnungen“ (Anlage 7) insbesondere den dort benannten Rechnungsempfänger und Rechnungsangaben zu beachten.

Der AN muss für die von ihm rechnerisch und fachtechnisch zu prüfende Rechnungen eine digitale Signatur fortgeschrittene digitale Signatur (feS) gem. Anlage 7, vorhalten.

Honorarrechnungen für Beauftragungen weiterer Leistungen nach konkretem Bedarf

Rechnungen, die Leistungen nach § 2, § 3 und § 4 betreffen, werden an das Institut versendet (Anlage 10). Bei den vorgenannten Leistungen zu § 4 gilt das, soweit nicht zusätzliche Leistungen im Rahmen einer Beauftragung nach § 4 Ziff. 1 (Baumaßnahme) beauftragt wurden.

- 11.3** Die Vergütung nach § 8 wird jährlich abgerechnet. Der AN hat dem AG baldmöglichst nach Jahresende, spätestens jedoch bis zum 31. März des Folgejahres, eine prüfbare (Jahres-)Schlussrechnung vorzulegen. Den Abrechnungen muss ein von den zuständigen Institutsverwaltungen bestätigter Nachweis über die anrechnungsfähigen Kosten beiliegen. Der Nachweis über die verausgabten Mittel ist auf Basis des BUV zu erstellen und ist den Jahresabrechnungen als Abrechnungsgrundlage beizufügen.

Nach Prüfung der jeweiligen Jahresabrechnung durch den AG erhält der AN noch bestehende Restforderungen ausbezahlt. Im Falle der Überzahlung hat der AN den überzahlten Betrag binnen 14 Tagen zurückzuzahlen.

- 11.5** Der AN kann quartalsweise Abschlagszahlungen auf die nach § 8.3 erbrachten Leistungen nach § 2 und die nach § 8.4 zu erwartende Vergütung für Leistungen gemäß § 3 in Rechnung stellen. Die Höhe einer Abschlagszahlung beträgt damit höchstens 3/12 der insgesamt nach § 8 zu erwartenden Vergütung. Abschlagszahlungen ist eine nachvollziehbare und prüfbare Aufstellung der Zahlungsforderungen für das jeweils laufende Haushaltsjahr beizufügen. Die Bezeichnung und Nummerierung der Einzelmaßnahmen muss dem des genehmigten Bauunterhaltsverzeichnis entsprechen.
- 11.6** Im Falle überjähriger Maßnahmen, für die schon ein erheblicher Teil der Leistungen erbracht wurde, kann bei Bedarf und abweichend von der Quartalsregelung schon zu Beginn des nächsten Haushaltsjahres eine erste Abschlagsrechnung eingereicht werden.
- 11.7** Die Ausgaben des AG unterliegen der Rechnungsprüfung durch die zuständigen Rechnungsprüfungsstellen und den Rechnungshöfen. Die Rechnungsprüfung kann auch erst nach Ablauf mehrerer Jahre durchgeführt werden. Die gesetzliche Verjährungsfrist (§ 195 BGB) von Ansprüchen aus ungerechtfertigter Bereicherung wegen insoweit festgestellter ungerechtfertigter Zahlungen bzw. Überzahlungen beginnt mit der Kenntnis des AGs vom Ergebnis der Rechnungsprüfung. Der AN muss bis zum Ablauf dieser Verjährungsfrist damit rechnen, dass er auf Erstattung dieser ungerechtfertigt gezahlten Beträge in Anspruch genommen wird.
- 11.8** Der AG ist berechtigt, mit allen Gegenforderungen – auch aus anderen Rechtsverhältnissen – aufzurechnen.

§ 12

Urheberrecht

- 12.1** Der AN räumt dem AG die Verwertungs-, Nutzungs- und Änderungsrechte (u. a. im Rahmen von Vergabeverfahren) an allen für die Erfüllung dieses Vertrags zu erbringenden Ergebnissen und Zwischenergebnissen seiner individuell erstellten Leistungen sowie das Eigentum an im Zusammenhang mit diesen Leistungen zu erstellenden Modellen, Dokumentationen und Unterlagen sowie Dateien und gegebenenfalls Software jeweils mit der Entstehung und einschließlich der Befugnis zur Weiterübertragung ein.



Die Unterlagen dürfen auch für eine etwaige Wiederherstellung des ausgeführten Werks benutzt werden. Der AN gestattet hierbei unwiderruflich und kostenfrei, dass der AG sämtliche von dem AN erarbeiteten Pläne und Unterlagen einem Dritten oder einem einzelnen Mitglied einer Arbeitsgemeinschaft zur weiteren Planung und Durchführung überlässt.

Der AN bleibt zur Mitbenutzung der Ergebnisse und Zwischenergebnisse seiner Leistungen im Rahmen und für Zwecke des Vertrags berechtigt.

Diese Rechtseinräumung ist durch das nach diesem Vertrag vereinbarte und vom AG geschuldete Honorar abgegolten; das gilt auch im Fall einer Honorarkürzung aufgrund berechtigter Gegenforderungen des AG, aufgrund einer vorzeitigen Vertragsbeendigung oder aufgrund ähnlicher Umstände.

- 12.2** Der AG darf die Unterlagen sowie das ausgeführte Werk ohne Mitwirkung des AN ändern, wenn die vom AG vorzunehmende Interessenabwägung im Einzelfall ergeben hat, dass das Schutzinteresse des AN hinter dem Gebrauchsinteresse des AG zurücktreten muss. In diesem Fall wird der AG gleichwohl den AN über die geplante Maßnahme unterrichten und ihm Gelegenheit geben, innerhalb einer vom AG bestimmten angemessenen Zeit etwaige Einwände gegen die geplante Maßnahme mitzuteilen.
- 12.3** Müssen am ausgeführten Werk Mängel, die insbesondere eine Gefahr für die Sicherheit darstellen oder die Nutzung des Gebäudes beeinträchtigen und die nicht ohne eine Änderung des ursprünglichen Werkes behoben werden können, beseitigt werden, kann der AG das ausgeführte Werk ohne Mitwirkung des AN ändern. § 12.3 Satz 1 gilt entsprechend mit der Maßgabe, dass an die Stelle des Gebrauchsinteresses des AG das Interesse des AG an einem mangelfreien Werk tritt. Soweit möglich, wird er den AN vor Ausführung hören.

§ 13

Haftung/Gewährleistung und Verjährung

- 13.1** Der AN haftet nach den gesetzlichen Vorschriften.
- 13.2** Hat der AN in haftungsrechtlicher oder gewährleistungsrechtlicher Hinsicht Bedenken gegen Vorgaben des AG, so hat er sie dem AG unverzüglich schriftlich mitzuteilen. Der AN ist nur dann von der Haftung entlastet, wenn der AG trotz des schriftlichen Hinweises an seiner Anordnung festhält.
- 13.3** Die Verjährungsfrist für Ansprüche des AG für Planungs- und Überwachungsleistungen des AN beträgt fünf Jahre und beginnt jeweils mit der Abnahme. Im Übrigen gelten die gesetzlichen Verjährungsregelungen.

§ 14

Haftplichtversicherung

- 14.1** Zur Sicherung etwaiger Ersatzansprüche des AG aus diesem Vertrag ist vom AN der Abschluss einer Haftplichtversicherung mit folgenden Deckungssummen – pro Jahr zweifach maximiert – nachzuweisen:
- mindestens 3,0 Mio. EUR für Personenschäden
mindestens 500.000 EUR für Sach- und Vermögensschäden
- 14.2** Der Nachweis über das Bestehen einer derartigen Haftplichtversicherung ist dem AG spätestens vor Vertragsschluss (in der Regel vor Zuschlagserteilung) auszuhändigen. Im Falle einer Arbeitsgemeinschaft ist entweder der Nachweis über eine derartige Haftplichtversicherung der Arbeitsgemeinschaft oder, wenn eine solche Versicherung nicht besteht, der Nachweis von jedem Mitglied der Arbeitsgemeinschaft zu übergeben. Die Vorlage eines solchen Nachweises ist Voraussetzung für die Berechtigung des AN zur Aufnahme seiner Tätigkeit und für das Entstehen eines Anspruchs auf Zahlung jeder Art. Weist der AN den Versicherungsschutz nicht innerhalb von zwei Wochen nach Aufforderung in



Textform durch den AG nach, ist der AG zur Kündigung des Vertrages aus wichtigem Grund berechtigt.

- 14.3** Der AN ist verpflichtet, diesen Haftpflichtversicherungsschutz bis zum Abschluss der Maßnahme aufrechtzuerhalten und dem AG auf Verlangen nachzuweisen.

§ 15 Vertragslaufzeit

- 15.1** Die Grundlaufzeit des Vertragsverhältnisses beginnt am **01.01.2027** und endet am **31.12.2029**. Die Laufzeit kann durch den AG einseitig zweimal um jeweils ein Kalenderjahr verlängert werden. Die Verlängerungsoption muss durch den AG bis spätestens zum **30.06.2029** bzw. **30.06.2030** schriftlich ausgeübt werden. Bei Ausübung des Optionsrecht hat der AG das Recht, einzelne Liegenschaften aus dem Vertragsumfang herauszunehmen.
- 15.2** Die Laufzeit des gegenständlichen Vertragsverhältnisses ist unabhängig von der Gültigkeit und Laufzeit von gegebenenfalls nach § 4 gesondert beauftragten Leistungen.

§ 16 Vorzeitige Auflösung des Vertrages

- 16.1** Der Vertrag ist für den AG entsprechend den gesetzlichen Regelungen jederzeit, für den AN nur aus wichtigem Grund kündbar. Die Kündigung des hier gegenständlichen Vertragsverhältnisses berührt nicht automatisch die Gültigkeit von gegebenenfalls nach § 4 gesondert beauftragten Leistungen, wie z.B. für einzelne Baumaßnahmen nach § 4.1.
- 16.2** Hat der AN die Kündigung zu vertreten, so hat er nur Anspruch auf Vergütung der bis dahin nachgewiesen vertragsgemäß erbrachten Leistungen, wenn die Leistungen brauchbar sind und einen selbständigen Wert besitzen. Schadensersatzansprüche des AG bleiben hiervon unberührt. In allen anderen Fällen steht dem AN das vertraglich vereinbarte Honorar zu. Er muss sich jedoch dasjenige anrechnen lassen, was er infolge der Aufhebung des Vertrages an Aufwendungen erspart oder durch anderweitige Verwendung seiner Arbeitskraft erwirbt oder zu erwerben böswillig unterlässt.
- 16.3** Der AG kann das hier gegenständliche Vertragsverhältnis darüber hinaus durch ordentliche Kündigung mit einer Kündigungsfrist von drei Monaten zum Monatsende beenden, sobald der addierte Schätzwert § 8.7 erreicht oder überschritten wurde. Schadensersatz infolge Vertragsbeendigung infolge Erreichung bzw. Ausschöpfung Des geschätzten Auftragswertes schließen die Parteien gegenseitig aus. Im Übrigen gilt §§ 132, 133 GWB.

Dieses Vertragsverhältnis endet darüber hinaus, sobald die Höchstmenge gem. § 8.7.1 erreicht ist, ohne dass es einer Kündigung bedarf.

- 16.4** Im Falle einer Kündigung oder sonstigen Beendigung des Vertragsverhältnisses hat der AN seine Arbeiten so abzuschließen und die Leistungsergebnisse zusammenzustellen und zu dokumentieren, dass ohne unangemessene Schwierigkeiten eine Übernahme der Leistungen, die Weiterführung der Leistungen und des Bauvorhabens durch einen etwaigen Dritten möglich ist.

Der AN hat dem AG die vollständigen Unterlagen der aus diesem Vertragsverhältnis erbrachten Leistungen in Papierform und in digitaler Form innerhalb von vierzehn Kalendertagen nach Zugang der Kündigung oder Beendigung des Vertrags durch Vorlage aller bereits erbrachten Leistungsnachweise (insbesondere Planungsunterlagen und Berechnungen) dem AG digital auf einem geeigneten Datenträger zu übergeben.

Ein Zurückbehaltungsrecht besteht nicht.

- 16.5** Die Kündigung bedarf der Schriftform.
- 16.6** Im Übrigen gelten die gesetzlichen Bestimmungen, insbesondere §§ 648, 648a BGB.



§ 17 Arbeitsgemeinschaft

Für den Fall, dass der AN aus einer Arbeitsgemeinschaft (ARGE) besteht, gilt folgendes:

- 17.1** Federführend für eine ARGE im Rahmen dieses Vertrages ist der in diesem Vertrag bezeichnete Vertreter. Er vertritt die der ARGE angehörenden Mitglieder gegenüber dem AG und Dritten und ist durch die ARGE zur rechtsgeschäftlichen Vertretung bevollmächtigt.

Vertreter der ARGE: Name

- 17.2** Jede Veränderung in der Zusammensetzung oder bezüglich der Bevollmächtigungen des Vertreters oder anderen Mitgliedern der ARGE ist dem AG unverzüglich schriftlich anzuzeigen. Scheidet(en) während der Durchführung des Bauvorhabens eines (mehrere) der bei Vertragsabschluss beteiligten Mitglieder aus der Arbeitsgemeinschaft aus, kann der AG den Vertrag außerordentlich kündigen. Übt der AG das Kündigungsrecht nicht aus, ist der Vertrag der veränderten Zusammensetzung anzupassen. Der AG kann bei der Anpassung auch neue Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft berücksichtigen.

- 17.3** Für die Erfüllung der vertraglichen Verpflichtungen haftet jedes Mitglied der Arbeitsgemeinschaft auch nach deren Auflösung gesamtschuldnerisch. Handlungen der Bauleitung sind entsprechend § 31 BGB der ARGE zuzurechnen.

- 17.4** Eine Leistung des AG mit schuldbefreiender Wirkung ist nur auf folgendes Konto möglich:

IBAN

Eine diesbezügliche Änderung ist von beiden Parteien zu unterzeichnen.

Eine Zahlung auf nach ARGE-Partnern getrennte Abrechnungen mit verschiedenen Leistungsanteilen der Gesamtleistung oder der Abschlagsrechnungen ist nicht möglich. Die Aufteilung der Zahlung geschieht rein im Innenverhältnis zwischen ARGE-Mitgliedern.

- 17.5** Einzelne Beauftragungen im Rahmen des § 4 dieses Vertragsverhältnisses, insbesondere Beauftragungen für Leistungen als Fachplaner HKLS für einzelne Baumaßnahmen nach § 4.1. können auch direkt an einzelne ARGE Mitglieder beauftragt werden, soweit das einzelne Mitglied fachlich dafür geeignet ist.

§ 18 Anti-Korruptions-Klausel

- 18.1** Korruption behindert einen fairen Wettbewerb und verursacht erhebliche volkswirtschaftliche Schäden. Die Max-Planck-Gesellschaft als öffentlicher Auftraggeber ist sich des Vertrauens der Steuerzahler in ihre Integrität bewusst und erwartet eine solche auch von ihren Auftragnehmern.

- 18.2** Als Sachverwalter des AG darf sich der AN nicht von auftragsschädlichen Eigen- oder Drittinteressen beeinflussen lassen. Insbesondere darf der AN keine Interessen seiner Lieferanten- und/oder dritter Unternehmer vertreten. Als Interessensvertretung im Sinne dieser Regelung wird auch die Beteiligung an Lieferantenfirmen oder beauftragten Unternehmen verstanden.

- 18.3** Der AN darf den Beschäftigten der Max-Planck-Gesellschaft und ihren sonstigen Auftragnehmern, welche mit dem Vertrag zwischen AG und AN befasst sind, keine Vorteile in Form von Geschenken, Bewirtungen oder Einladungen anbieten. Er verpflichtet seine Beschäftigten, Subunternehmern und Vertreter, keine Bestechungsgelder, unzulässigen Spenden oder sonstigen Vorteile gegenüber Kunden oder sonstigen Dritten zu gewähren, anzubieten oder von diesen anzunehmen.



- 18.4** Der AN hat dem AG etwaige Interessenskonflikte oder Sachverhalte gemäß § 18.3 dieses Vertrages unverzüglich anzuzeigen und vollständig offenzulegen.
- 18.5** Verstößt der AN gegen die ihn in den §§ 18.1.bis 18.4 auferlegten Pflichten, berechtigt dies den AG zur außerordentlichen Kündigung. Die außerordentliche Kündigung bedarf der Schriftform. Der AN hat dem AG etwaige aufgrund der Pflichtverletzung und/oder der Kündigung entstehende Schadenersatzansprüche zu ersetzen.

§ 19

Vertraulichkeit

- 19.1** Der AN verpflichtet sich, die von dem AG offenbarten Informationen vertraulich zu behandeln und sie oder Teile davon nicht an Dritte weiterzugeben.
- 19.2** „Vertrauliche Informationen“ sind alle finanziellen, technischen, wirtschaftlichen, rechtlichen, steuerlichen, die Geschäfts- und Forschungstätigkeit, die Mitarbeiter oder die Geschäftsführung betreffenden oder sonstigen Informationen im Zusammenhang mit dem AG. Dies gilt insbesondere hinsichtlich der Vorbereitung und Durchführung von Vergabeverfahren. Es sind auch mündliche Informationen erfasst.
- 19.3** Eine Vertrauliche Information im Sinne dieser Klausel ist auch die Tatsache, dass Vertrauliche Informationen dem AN zur Kenntnis gebracht wurden, die Existenz und der Inhalt dieser Vereinbarung sowie sämtliche sonstige den Abschluss oder die Durchführung des Vorhabens betreffende Informationen.
- 19.4** Die Vertraulichkeitsverpflichtungen unter dieser Vereinbarung entfallen für solche, die dem AN oder der Öffentlichkeit vor der Offenbarung durch den AG bekannt oder allgemein zugänglich waren. Die Beweislast trägt der AN. Ein Verstoß gegen diese Verschwiegenheitspflicht kann einen wichtigen Kündigungsgrund für den AG darstellen.

§ 20

Datenschutz

- 20.1** Der AN erhält die personenbezogenen Daten als eigene und eigenständige verantwortliche Stelle/Verantwortlicher im Sinne der DSGVO. Damit ist der AN insbesondere für die rechtmäßige Verarbeitung, die Erfüllung von Betroffenenrechten vollumfänglich selbst verantwortlich.
- 20.2** Der AN erhält die personenbezogenen Daten ausschließlich zur Erfüllung der dem Empfänger nach dem mit der MPG abgeschlossenen Vertrag obliegenden Leistungspflichten und darf sie auch nur hierfür verwenden.
- 20.3** Der AN setzt nur Mitarbeiter ein, die er auf Vertraulichkeit verpflichtet und die über die speziellen datenschutzrechtlichen Verpflichtungen unterrichtet hat.
- 20.4** Über die Weitergabe personenbezogener Daten an Dritte, die nicht Teil der vertraglichen Leistungen oder zu deren Erbringung ist, informiert der AN vorab die MPG in Textform. Der AN bleibt auch hier Verantwortlicher.
- 20.5** Der AN schützt die personenbezogenen Daten durch ausreichende technische und organisatorische Schutzmaßnahmen gemäß Art. 24, 25 und 32 DSGVO zu schützen, wozu insbesondere eine dem Stand der Technik entsprechende Verschlüsselungstechnik gehört.
- 20.6** Über Unregelmäßigkeiten bei der Verarbeitung sowie bei Ermittlungen oder Untersuchungen durch eine Datenschutzbehörde betreffend personenbezogener Daten der MPG informiert der AN diese unverzüglich.



§ 21 Schlussbestimmungen

- 21.1** Die Bestimmungen dieses Vertrags dokumentieren alle zwischen den Parteien getroffenen Vereinbarungen und ersetzen zugleich alle zuvor zwischen den Parteien eventuell erfolgten anderslautenden Absprachen. Mündliche Nebenabreden sind nicht getroffen.
- 21.2** Allgemeine Vertragsbedingungen des AN sowie in den von ihm vor Abschluss dieses Vertrags enthaltene Bestimmungen und Festlegungen haben keine Gültigkeit, es sei denn, diese sind ausdrücklich zum Gegenstand des vorliegenden Vertrags gemacht worden. In gleicher Weise werden Anschreiben und Angebotsbedingungen des AN nicht Vertragsinhalt, es sei denn, die Parteien vereinbaren dies ausdrücklich.
- 21.3** Soweit in diesem Vertrag Bestimmungen nicht enthalten sind, gelten ergänzend die Vorschriften der HOAI. Im Übrigen kommen die Bestimmungen des Werkvertragsrechts zur Anwendung.
- 21.4** Die Parteien verpflichten sich, im Falle einer sich aus diesem Vertragsverhältnis ergebenden oder sich darauf beziehenden Streitigkeiten vor Einleitung eines gerichtlichen Verfahrens zunächst außergerichtlich eine einvernehmliche Lösung zu treffen. Bei diesem Einvernehmen soll dem vertraglich übernommenem Risiko der Parteien Rechnung getragen werden.
- 21.5** Änderungen, Ergänzungen und Nebenabreden bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform. Dies gilt auch für eine dieses Schriftformerfordernis aufhebende Vereinbarung.
- 21.6** Sollten einzelne Vertragsbestimmungen unwirksam sein oder werden, wird davon die Gültigkeit der anderen Bestimmungen nicht berührt.
- Die Vertragsparteien verpflichten sich, unwirksame Bestimmungen durch gleichwertige Vereinbarungen zu ersetzen, die den beabsichtigten wirtschaftlichen Erfolg sicherstellen und den gewollten Vertragszweck in gesetzlich erlaubtem Sinn am nächsten kommen. Die vorstehenden Vereinbarungen gelten entsprechend, wenn sich Lücken des Vertragsverhältnisses herausstellen sollten.
- 21.7** Erfüllungsort ist der jeweilige Standort der gemäß **Anlage 3** betreuten Liegenschaft.
- 21.8** Gerichtsstand ist München.

....., den

München, den

.....
Für den AN
(.....)

.....
Für den AG
(Referatsleitung III g
Rudolf Oberholzner)